



# Gewerkschaft der Polizei

Mitglied der Union Internationale des  
Syndikats des Police

Landesbezirk Saarland

[gdp-saarland@gdp-online.de](mailto:gdp-saarland@gdp-online.de) \* [www.gdp-saar.de](http://www.gdp-saar.de)

Saarbrücken, 09. Dezember 2002

## Einkommensrunde 2002

### Richtig verhandeln wollten die Arbeitgeber nicht!

Stuttgart. Zum Auftakt der Tarifverhandlungen für die Einkommensrunde 2002 legten die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im DGB ihre Forderungen vor: Die Einkommen sollen um deutlich mehr als drei Prozent steigen, das Tarifniveau in den neuen Ländern soll bis 2007 dem im Westen angeglichen werden. Die Arbeitgeber weigerten sich, im Detail zu verhandeln.

Die Tarifverhandlungen begannen am 15. November 2002 mit zweieinhalbstündiger Verspätung um 18:30 Uhr. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im DGB begründeten ihre Forderung für die Einkommensrunde 2002, die keinen Spielraum für Rituale lasse.

Dagegen kam von den Arbeitgebern kein Angebot, und sie weigerten sich, dem Austausch von Positionen im größeren Kreis vertiefende Verhandlungen am Abend folgen zu lassen. Statt dessen sprachen sie von Nullrunde, „sonst müssten Stellen abgebaut werden“. Zudem drohten sie mit betriebsbedingten Kündigungen.

Die Forderung der Verhandlungsführung nach zeit- und inhaltlicher Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten und Beamtinnen quittierte Bundesinnenminister Schily mit dem Bemerkung, dass weder sie noch die Gewerkschaften dafür ein Verhandlungsmandat hätten, und verwies auf das Gesetzgebungsverfahren.

Für die Gewerkschaft der Polizei erklärte deren Vorsitzender, Konrad Freiberg, am Rande der Tarifverhandlungen: „Seit fast zehn Jahren muss der öffentliche Dienst für Sonderopfer herhalten. Das wird von den Arbeitgebern und in der öffentlichen Diskussion wieder einmal geflissentlich übersehen. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes haben einen gerechtfertigten Anspruch darauf, diesmal den Anschluss an die allgemeine Einkommensentwicklung zu finden.“ Dies gelte für die Arbeiterinnen und Arbeiter, die Angestellten wie auch für die Beamtinnen und Beamten. Deshalb werde sich die GdP auch massiv gegen die von einigen Ministerpräsidenten angedrohte Öffnungsklausel für den Beamtenbereich wehren.

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in DGB betonten ihren Willen, noch vor Weihnachten einen Tarifabschluss zu erreichen. Am 11. Dezember wird im Sondierungskreis weiter verhandelt.